

Zur Lage nach den jüngsten Sejm- und Senatswahlen in Polen

Die rechte Flut steigt an

Mit den Wahlen zum Sejm und zum Senat, die am 25. Oktober 2015 stattfanden, endete in Polen ein Wahlmarathon ohnegleichen. Fünfmal nacheinander waren die Bürger zu den Urnen gerufen worden – Ergebnis: Die politische Bühne des Landes und seine Parteienszenenerie haben sich drastisch verändert.

Im Mai 2014 war das Europaparlament gewählt worden. Unter den polnischen Abgeordneten erhielten zwei das System tragende Parteien – die neoliberale Bürgerplattform (PO) unter Führung ihres damaligen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Donald Tusk (er leitet derzeit den Europarat) und die konservativ-katholische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) von Jaroslaw Kaczynski – eine deutliche Mehrheit. Je vier Mandate gingen an die sozialdemokratische SLD und die faschistoide Partei der Neuen Rechten unter Korwin. Auf die negativ gewandelte polnische Bauernpartei entfielen drei Sitze.

Im November 2014 standen dann Kommunalwahlen an. Diese erbrachten annähernd ähnliche Resultate wie die Europawahlen. Gewinner waren PO und PiS. Beide Parteien waren ursprünglich aus der gegen Volkspolen in Stellung gebrachten reaktionären Gewerkschaft „Solidarnosc“ hervorgegangen. Seit dem Sieg der Konterrevolution ringen sie hart miteinander um die Macht. Die Arbeiter und die Werktätigen, denen sie einst zu dienen vorgaben, haben sie längst vergessen. Sie erfreuen sich der Unterstützung des inneren wie des ausländischen Kapitals sowie der Hilfe seitens der Europäischen Union, der USA, der NATO und des katholischen Klerus.

Im Mai 2015 fanden dann Präsidentschaftswahlen statt. Mit einem Vorsprung von einer halben Million Stimmen gewann der PiS-Kandidat Dr. Andrzej Duda. Sein Sieg war ein Vorbote kommender Ereignisse, erlitt doch die PO wenig später eine schwere Niederlage. Damit hat die PiS die politische Initiative im Land übernommen.

Im September 2015 erfolgte in Polen eine Volksbefragung (Referendum). Der damalige Staatspräsident Bronisław Komorowski sah darin ein politisches Mittel zur Stärkung seiner Position im bevorstehenden Wahlkampf. Die drei Fragen des Referendums waren politisch unwichtig. Die Folge: Nur 7,6 % der Wahlberechtigten nahmen an der Abstimmung teil. In Polen spielt enorme Wählerabstänze seit längerem eine große Rolle. Nur eine Minderheit der Wähler – weniger als 50 % – beteiligt sich an Abstimmungen. Die Präsidentschaftswahl bildete insofern eine Ausnahme: Hier gingen 60 % der Aufgerufenen zu den Urnen, während bei Kommunalwahlen nur 30 bis 40 % der Polen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Bei der Europawahl 2014 lag deren Anteil sogar noch darunter und betrug lediglich 23 bis 24 %.

Nach meiner Meinung verbirgt sich hinter dem Verzicht auf Ausübung des Wahlrechts die große Enttäuschung der werktätigen Mehrheit, insbesondere der Arbeiterklasse des Landes. Der Nebel scheinheiliger Versicherungen von „Solidarnosc“ und der Volksverräter aus den Reihen der PVAP-Revisionisten/-Reformisten ist inzwischen der Erkenntnis gewichen, daß es sich bei dem der-



Unser Autor Zbigniew Wiktor am Rednerpult

zeitigen System in Polen keineswegs um „demokratischen und menschlichen Kapitalismus“ handelt. Der Lebensstandard des Proletariats, von Millionen Arbeitslosen, Emigranten und besonders jungen Leuten ist radikal abgesunken. Die Folge besteht in Wahlverweigerung.



Jaroslaw Kaczynski und seine Ministerpräsidentin

Die letzte Etappe des Abstimmungs-marathons bildeten dann die Parlamentswahlen im Oktober 2015. Die politische Bühne wurde einmal mehr von den beiden großen Parteien PO und PiS beherrscht. Auch die unter polnischen Verhältnissen als links geltende SDL, die Bauernpartei PSL und neue politische Subjekte spielten eine Rolle.

Unter diesen befand sich die Bewegung „Kukiz-15“, die den Namen ihres Führers Pawel Kukiz trägt. Hinzu kamen Die Moderne (M) und die neue Linksgruppierung Razem (Zusammen), die sich als linke Sozialdemokratie versteht. Übrigens ist Kukiz kein

Neuling in der Politik und überdies ein alter Rocker. Er kam bei der Präsidentschaftswahl auf drei Millionen Stimmen und eroberte damit den dritten Platz. Kukiz fordert einen „radikalen Wechsel“. Seinen Anhang trifft er auf Rock-Bühnen. Er gibt sich als scharfer Kritiker des Systems aus und fordert Veränderungen sowie eine neue Verfassung. Sein Motto lautet: „Mein Herz schlägt für die Linke, aber gegen die Kommunisten. Ehre für alle, die bis 1989 in Polen gegen sie gekämpft haben.“ Kukiz schätzt T-Shirts mit dem Symbol der polnischen Nazis (NSZ – Nationale Wehrmacht). Seine Hauptlösung war die Forderung nach einem „Wahlmehrheitssystem“, das eine „echte nationale Führungskraft“ schaffen sollte. Er erhielt starke Unterstützung von Jugendlichen und Arbeitslosen, die politisch unwissend sind und durch Nationalisten gesteuert werden. Dabei besitzt er gar kein echtes Partei- und Wahlprogramm. Sein Lieblingsslogan lautet: „Ich bin gegen Systeme. Das System muß verändert werden.“ In Wirklichkeit sind er und sein Führungskern aber scharf nationalistisch, autoritär und faschistoid. Bei der Sejmwahl kam Kukiz auf 43 Mandate. Seine Abgeordneten unterstützen die regierende Rechtspartei PiS.

Die unter dem Firmenzeichen „Die Moderne“ agierende Partei von Ryszard Petru folgt den Orientierungen der liberalen Großbourgeoisie und des Monopolkapitals. Ihr geistiges Hinterland schuf Leszek Balcerowicz, ehemaliger Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Finanzminister. Dabei handelte es sich um die erste nichtkommunistische Regierung unter Mazowiecki (1989–1993).

„M“ wird durch Großbanken, Unternehmen des Auslandskapitals und wesentliche Teile der gehobenen Bourgeoisie Polens unterstützt. Ihre Gründung war deren Antwort auf die bereits erkennbare Schwächung der durch sie favorisierten PO. Sie wird durch die einflußreiche Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ gefördert.

„M“ verkündet: „Wir sind ganz neu und haben nichts mit den Fehlern und politischen Krisen der Vorgänger zu tun.“ Ihre Führer sind politisch-ideologisch gut vorbereitet und verfügen über reichliche Mittel. Während zunächst nur eine Zentrale bestand, hat der

Aufbau territorialer Strukturen begonnen. Das Feld der polnischen Parteien wird – wie bereits erwähnt – durch die Gruppierung von Janusz Korwin ergänzt. Diese gibt sich „superliberal“, tritt aber zugleich auch mit faschistoiden Losungen auf. Einer ihrer Slogans lautet: „Wir gehen nach Brüssel, um diesen Puff zu zerschlagen.“ Das hat ihr immerhin vier Mandate im Europaparlament eingebracht. Zuspruch erhält sie von ausländischen Eurogegnern und Euro-Skeptikern, die in Brüssel inzwischen 30 % ausmachen. Bei den Parlamentswahlen konnte diese Partei die Fünfprozenthürde allerdings nicht überspringen.

Die KP Polens stellte keine eigene Liste auf. Ihre Mitglieder und Sympathisanten boykottierten die Wahlen oder unterstützten andere linke Kräfte. Die politisch-organisatorische Situation der Partei ist als kritisch zu beurteilen. Seit zwei Jahren läuft gegen sie ein Strafverfahren mit der Bezeichnung, sie propagiere den „Totalitarismus“, was nach Artikel 256 des polnischen Strafgesetzbuches als Verbrechen gilt.

Die kleinbürgerliche Linke hat sich in Polen seit 27 Jahren durch Bündnisse mit linksdemokratischen Kräften, in letzter Zeit mit der neuen Partei Razem, herausgebildet.

All diese Parteien scheiterten an den Fünf- und Acht-Prozent-Hürden. Zum ersten Mal seit 27 Jahren verfügen sie über keine Sitze mehr im Parlament. Der Revisionismus, Opportunismus und der Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, die mit dem Entstehen und der Entwicklung der PVAP-Nachfolgepartei SDL verbunden waren, haben zu diesen bitteren Ergebnissen geführt. Die nacheinander von Ex-Präsident Alexander Kwasniewski, Ex-Ministerpräsident Leszek Miller und Ex-Parlamentspräsident Marek Borowski geführte SDL ging vom sozialdemokratischen Flügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aus. Die beiden Erstgenannten waren Mitglieder des Politbüros der PVAP. Beim Untergang Volkspolens bezeichneten sie die Grundlagen der „Nachfolgepartei“ als „demokratischen und menschlichen Kapitalismus“. Die Mehrheit der einstigen Mitglieder und Sympathisanten dieser Partei erklärte dazu: „Nicht in unserem Namen! In Polen muß sich eine neue Linke formieren.“

Die Parlamentswahl war Grundlage für eine genauere Bilanz: Seit Jahren ist in Polen eine Verringerung der Bevölkerungszahl festzustellen. Seit 1989 sank sie von 40 auf 37,5 Millionen. Diese Situation wurde vor allem durch eine starke Emigrationswelle verursacht. Millionen chronisch Arbeitslose, von Armut und Obdachlosigkeit Betroffene (im Winter erfroren Hunderte), haben Arbeit in England, Irland, Skandinavien, der BRD und anderswo gesucht. Weitere Nägel zum Sarg sind derzeit die Krise in den Beziehungen zu Rußland und der faschistische Putsch in der Ukraine sowie die von der EU über Moskau verhängten Sanktionen. Dadurch erlitt der polnische Außenhandel, besonders mit Agrarprodukten, Verluste in Milliardenhöhe. Die meisten Kleinproduzenten haben ihre alten Märkte verloren.

Zugleich erfolgte eine zahlenmäßige Dezimierung der Arbeiterklasse, vor allem im Maschinenbau sowie in der chemischen, der Bau- und der Textil-Industrie. Diese Zweige wurden faktisch liquidiert, die Mehrheit der Arbeiter wurde entlassen. Früher dort Beschäftigte vegetieren an der Grenze des biologischen und sozialen Existenzminimums. Mehr als 50 % der polnischen Bevölkerung beziehen derzeit Niedriggehälter.



Ganz EU: Kaczynskis Gegenspieler Donald Tusk

Ideologisch und teilweise auch politisch befinden sich große soziale Gruppen unter dem Einfluß des katholischen Klerus. Andere stehen unter dem Zepher der reaktionären Gewerkschaft „Solidarność“ und der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale OPZZ. Der öffentlichen Meinung zufolge sind



In Polen hat ein überwiegend reaktionärer Klerus das Sagen.

jedoch die bürgerlichen Parteien schuld an der Misere.

Derzeit ist Polen ein riesiger Markt mit billigen Arbeitskräften. Manche Betriebe wurden zu reinen Montagefirmen für große Konzerne wie Volkswagen, Bosch und Whirlpool umgestaltet. Der polnische Wirtschaftsraum ist



Das Symbol der polnischen Faschisierer

unter Konzernen und Banken der BRD, der USA, Frankreichs, Italiens und anderer Länder aufgeteilt. Wirtschaftlich-politischer Nachfolger dieser neuen polnischen Teilung ist nur dem Namen nach die nationale Bourgeoisie. Die führende Rolle spielen neue Kompradoren, Diener und Lakaien fremder Mächte. Wie

in einstigen Kolonien werden sie gut finanziert und bezahlt.

International wurde Polen, das seit 1999 der NATO angehört, bisher von der Bürgerplattform (PO) repräsentiert. Sie unterhält enge Bindungen an die Europäische Union, den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank.

Im Ergebnis der PO-Wahlniederlage ist Kaczynskis PiS ans Staatsruder gekommen. Sie will den Spuren Viktor Orbans in Ungarn folgen, dessen Regime autoritär, faschistoid und teilweise sogar offen faschistisch ist. Die PiS verfügt im Sejm über eine absolute

Mehrheit der Mandate (50 % plus 5), was aber nicht für eine Verfassungsänderung ausreicht. Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit (67 %). In beiden Kammern des Parlaments sind das 307 Sitze.

Die PiS verstärkt derzeit ihre Positionen in den örtlichen Organen, besonders den Wojewodschaften, wo noch die alten Koalitionen unter Einschluß der PO am Ruder sind. Es ist möglich, daß die PiS das Ergebnis der letzten Regionalwahlen vor zwei Jahren für ungültig erklärt und eine Verkürzung des Vierjahreszyklus durch Neuwahlen erzwingt.

Die politische Situation in Polen bleibt also weiterhin äußerst instabil. In den nächsten vier Jahren ist ein enormer Druck von rechts zu erwarten, der von Nationalisten, Kryptofaschisten und dem katholischen Klerus ausgeht. Natürlich ist auch Demagogie mit im Spiel. Die PiS-Regierung verspricht, sich für die Behebung der Nöte armer Leute und Kinderreicher einzusetzen. Jungen Familien stellt sie billigen Wohnraum

in Aussicht. Das Rentenalter soll herabgesetzt, die Preise für Medikamente sollen subventioniert werden. Dazu brauchte man allerdings Hunderte Milliarden Złoty, fast ein doppeltes Staatsbudget. Doch Polens Kassen sind leer.

Über unserem Land schwebt die Drohung einer massiven Einschränkung der Bürgerrechte und eine Serie von Strafprozessen wie im Nachbarland Ukraine. Doch die Gefahr geht weit darüber hinaus. In der BRD werden Faschisten immer dreister. In Frankreich sammeln sie sich keineswegs nur in dem weiter erstarkenden Front National. Rechte Kräfte marschieren massiv in Österreich auf. In der Ukraine haben Faschisten, Bandera-Leute und Kryptofaschisten vor zwei Jahren im Putsch gesiegt und das Land mit dem Feuer des Bürgerkrieges überzogen. Die KP ist verboten. Die rechten Herren in Kiew werden von angeblich demokratischen Instanzen der USA und der EU unterstützt, natürlich auch durch alle polnischen Rechtskräfte.

Der Klassenkampf verschärft sich enorm. Die KP Polens muß unter den geschilderten Bedingungen ihren Widerstand gegen den Kapitalismus organisieren. Standzuhalten ist derzeit ihre wichtigste Aufgabe.

Prof. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Gerardo Hernández über die kubanische Revolution und das Überleben im US-Gefängnis Zuversicht in der Zelle

Zweimal lebenslänglich plus 15 Jahre – dazu verurteilte ein US-Gericht Gerardo Hernández, weil er eine Gruppe von Kubanern geleitet hatte, die Informationen über exilkubanische Terroristen in den USA sammelte und als „Cuban 5“ bekannt wurde. 1998 war er verhaftet worden, am 17. Dezember 2014 ließen ihn die US-Behörden frei.

UZ: Du hast bei der Jahresauftaktkonferenz der DKP am Rande der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ bei vielen Genossinnen und Genossen einen bleibenden Eindruck hinterlassen ...

Gerardo Hernández: Die Veranstaltung kam mir großartig vor, sie war von einer sehr positiven, optimistischen und kameradschaftlichen Atmosphäre geprägt. Ich habe mich dort so wohl gefühlt wie zu Hause in Kuba. Manchmal kommt es mir unwirklich vor, daß ich viele der Genossinnen und Genossen der Kuba-Solidarität niemals zuvor getroffen haben soll. Es ist, als wären wir eine Familie, obwohl wir uns nur durch Briefe oder Fotos kennen. Viele von euch haben uns von hier aus mit ihrer Solidarität geehrt. Gerade die DKP hat uns immer unterstützt, wofür wir euch sehr dankbar sind, genauso wie den anderen Organisationen der Kuba-Solidarität in Deutschland. Wie ihr wißt, ist Adriana, meine Frau, mehrfach nach Deutschland gekommen und dabei mit viel Herzlichkeit und Aufmerksamkeit begrüßt worden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch dafür zu danken.



Gerardo Hernández wurde in der Haft von dem bekannten US-Schauspieler Danny Glover besucht.

Gleichzeitig möchte ich Euch beglückwünschen, denn dieser Sieg gehört auch Euch. Ohne Euch hätte ich niemals nach Hause zurückkehren können. Dank Euch dafür – und dafür, daß mir die Gelegenheit gegeben wurde, Euch jetzt zu besuchen.

UZ: Was hat es für Euch im Knast bedeutet zu wissen, daß da draußen Menschen sind, die mit Euch solidarisch sind?

Gerardo Hernández: Dazu fällt mir immer das Beispiel eines der schwierigsten Momente ein, die ich im Gefängnis erlebt habe. Es war im Gefängnis von Lompoc, als ich nicht nur in den „Bunker“ gesteckt wurde, sondern sogar in den Keller unterhalb der Arrestzellen. Bei diesem Raum, der nur „Die Kiste“ genannt wurde, handelte es sich um eine von sechs Zellen, in denen man

nicht zwischen Tag und Nacht unterscheiden konnte. Zu diesem Moment, zur Zeit der Irak-Invasion, wurden wir fünf alle in unseren jeweiligen Gefängnissen in den „Bunker“ verbannt. In meinem Fall hieß es, der Aufenthalt betrage zunächst ein Jahr, könne aber danach um ein weiteres Jahr verlängert werden. Ich war nur mit Unterwäsche bekleidet, barfuß, ohne etwas zum Lesen oder zum Schreiben. Wenn in der Zelle über mir die Toilettenspülung betätigt wurde, lief Dreckwasser an meinen Zellenwänden herunter. In dieser Lage erhielt ich Besuch von einem unserer Anwälte, welcher mir berichtete, daß in mehreren

Ländern Demonstrationen für unsere Freiheit und das Ende der ungerechten Strafbehandlung stattfänden. Das zu hören gab mir enormen Auftrieb. Obwohl ich in der verbleibenden Zeit nichts anderes tun konnte, als zwischen den Zellenwänden hin- und herzu laufen, tat ich das mit großem Optimismus. Ich dachte immerzu an die Genossinnen und Genossen, die draußen für uns auf die Straße gingen. Deshalb betone ich stets, daß es nicht nur um den Beitrag geht, den die internationale Solidarität für die Befreiung der Cuban 5 geleistet hat, auch wenn er zweifellos wichtig war. Es geht auch darum, wie sehr sie uns geholfen hat, die Tage im Gefängnis zu überleben. Wir haben aus der Solidarität und der Unterstützung unsere Energie und unseren Kampfgeist bezogen, die wir brauchten, um durchzuhalten.

UZ: Ihr seid jetzt seit etwas über einem Jahr frei und viel in der Welt herumgekommen. Was hat Euch auf diesen Reisen am meisten beeindruckt?

Gerardo Hernández: Es waren viele beeindruckende Erlebnisse. An allen Orten sind wir mit viel Herzlichkeit und Zuneigung empfangen worden. Wir trafen Abgeordnete, wurden von Präsidenten empfangen und konnten sogar vor Parlamenten reden. Aber wenn ich eine Situation nennen sollte, die mich sehr bewegt hat, dann war das, als wir drei von den fünf, die wir in Angola im Militärdienst waren, die Orte besuchen konnten, an denen wir stationiert waren – im Fall von René und mir Cabinda, im Fall von Fernando Lubango. Einige Tage vorher waren wir bereits in Südafrika gewesen und standen dort im Freedom Park vor der Wand, an der die Namen der im Kampf gegen die Apartheid gefallenen Personen eingeschrieben sind. Es war sehr bewegend, dort die Namen der kubanischen Internationalisten zu lesen, die ihr Leben für Afrikas Freiheit gegeben haben. Dies war vielleicht einer der emotionalsten Momente, nachdem ich aus dem Gefängnis freigekommen bin.



Bei der Verleihung des Ehrentitels „Held Kubas“ an die Cuban 5: Gerardo Hernández erstattet Raúl Castro Meldung.

UZ: *Wie bewertest Du den historischen Wandel in den Beziehungen zwischen Kuba und den USA?*

Gerardo Hernández: Die kubanische Revolution hat einen Sieg errungen, und es zeigt sich, daß das Ansehen der kubanischen Revolution dadurch, daß wir unseren Prinzipien treu geblieben sind, enorm gestiegen ist. Die Geschichte hat gezeigt, daß wir auf der richtigen Seite gestanden haben. Wir wissen aber auch, daß uns dieser Prozeß zwischen den beiden Staaten vor neue Herausforderungen stellt. Der Imperialismus hört nicht auf, Imperialismus zu sein, nur weil wir jetzt Beziehungen zu den USA pflegen.

UZ: *Was sind das für Herausforderungen?*

Gerardo Hernández: Kuba gehört zu einer sich globalisierenden Welt. Wir sind Nachbarn des mächtigsten Landes der Weltgeschichte, mit einer Distanz von gerade einmal 90 Seemeilen. Sie haben uns nie verziehen, daß wir direkt vor ihrer Nase eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut haben, und sie werden keine Ruhe geben, ehe sie ihr Ziel, die kubanische Revolution zu zerstören, erreicht haben. Die Herausforderung besteht also darin, gegenüber diesem mächtigen Nachbarn unsere Souveränität und Unabhängigkeit durchzusetzen.

Zudem befindet sich unser Land, wie ihr wißt, in einer entscheidenden Phase. Die Generation, die unsere Revolution bisher geleitet hat, verabschiedet sich. Eine neue Generation von jungen Anführern wird die Führung übernehmen. Es gibt mehrere Generationen von jungen Menschen, die zur Zeit der Sonderperiode



Der Chef der kubanischen Kundschaftergruppe spricht zur Jugendauftrittskonferenz der DKP

geboren wurden und die vielleicht besten Jahre der kubanischen Revolution nicht kennengelernt haben. Darüber hinaus ist der Großteil der Kubaner erst nach dem Sieg der Revolution auf die Welt gekommen und hat unsere kapitalistische Vergangenheit nie erlebt. Es ist für uns Revolutionäre eine Herausforderung, dieser Jugend zu erklären, daß die Errungenschaften, die sie heute genießt, nicht vom Himmel gefallen sind.

UZ: *Kuba greift in seinem derzeitigen Aktualisierungsprozeß auch auf Elemente zurück, die man eher dem Kapitalismus als dem Sozialismus zurechnen würde. Handelt es sich hierbei um vorübergehende Maßnahmen, oder werden sie fortan Teil des kubanischen Gesellschaftsmodells bleiben?*

die bei den Klassikern nicht zu finden sind. Das Ziel bleibt dabei immer, das Wohlergehen unserer Bevölkerung zu sichern und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu vermeiden.

Wir werden vieles auf dem Weg ausprobieren müssen. Manches wird schiefgehen, manches wird berichtigt werden müssen, anderes geht auf. Die eine oder andere Maßnahme wird vielen Beobachtern vielleicht nicht gefallen, aber für uns ist jedes Mittel, das zum Wohlergehen unseres Volkes beiträgt, eine Überlegung wert.

Wir bitten die Brüder und Schwestern, die für die Freilassung der fünf gekämpft haben, nicht nachzugeben und Kuba in den Kämpfen, die es vor sich hat, weiterhin zu unterstützen.

Interview: Tobias Kriele



Die Generation der Cuban 5 trägt Fidels niemals erloschene Fackel weiter: Unsere Aufnahmen zeigen den Patrioten und Internationalisten mit Südafrikas Nelson Mandela in Johannesburg und mit dem Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Vietnam Pham Van Dong auf dem Flughafen von Hanoi.